

## **Grußwort beim Genossenschaftsverband Weser-Ems-e.V. am 6. September 2006 in Oldenburg**

Herr Verbandspräsident Ewald,  
Herr Ministerpräsident Wulff,  
meine sehr geehrten Damen und Herren der Aufsichtsräte,  
Vorstände und Geschäftsführungen!

Sie sind mindestens in einer Hinsicht zu beneiden!

Neben einer guten wirtschaftlichen Entwicklung, zu der fast jede Branche zu beglückwünschen ist, und einer bewährten Tradition „als regionale Universalbanken von vergleichsweise geringer Betriebsgröße“ (Meyer, Taschenlexikon), die in dem Westerwälder Landbürgermeister Friedrich Wilhelm Raiffeisen den Pionier des Genossenschaftswesens nach dem Prinzip der Selbsthilfe zu verehren hat, neben dem Dach, unter dem auch kirchliche Geldinstitute gute Geschäfte machen, neben günstigen Krediten und vielem mehr sind Sie um Ihren noch jungen Slogan zu beneiden: Wir machen den Weg frei!

Die Idee und die Umsetzung dieser V+R-Botschaft ist eine biblisch-hermeneutische Meisterleistung und dabei V+R = vollkommen richtig.

Schon der Prophet Jesaja (40, 4.5) entwickelt die Vision eines freien, unbeschweren Weges, wenn er schreibt: „Bereitet dem Herrn den Weg, macht in der Steppe eine ebene Bahn unserem Gott! Alle Täler sollen erhöht werden, und alle Berge und Hügel sollen erniedrigt werden, und was krumm ist, soll gerade werden.“

Johannes der Täufer nimmt dieses Bild auf, deutet es auf Jesus und ruft in der Wüste: „Ebnet den Weg des Herrn!“ (Joh. 1, 23)

Und Jesus selbst spricht von der Gerechtigkeit Gottes, die uns in Schuld und Schulden verstrickten Menschen durch Kreuz und Auferstehung zukommen soll: „Die Wahrheit wird euch frei machen.“ (Joh. 8, 32)

Und nun 2000 Jahre später ist da der Genossenschaftsverband Weser-Ems, der in treuer Nachfolge des Herrn die Losung ausgibt: „Wir machen den Weg frei.“

Mit dem Respekt für diese Glaubenstreue ist allenfalls die kleine Anfrage verbunden, ob denn die geistlichen Urheberrechte schon beglichen sind. Aber das lässt sich nachher ganz unbürokratisch mit dem Bischof klären.

Auf jeden Fall zeichnet sich der Markenauftritt der 60 Volks- und Raiffeisenbanken sowie der über 170 Ländlichen Genossenschaften „durch große, emotional anziehende Bilder aus. Es sind Motive, die durch ihre Weite gekennzeichnet sind“. Die Farben wirken freundlich warm. Bei dem himmlischen Blau mit dem feinen Wolkenschleier kommt noch der Song von Reinhard May in den Sinn: „Über den Wolken muss die Freiheit wohl grenzenlos sein.“ Darum endet das Motto auch ohne Punkt oder Ausrufezeichen.

Es gibt aber im irdischen Leben – das wissen wir alle – keine absolute Freiheit. Schon in der gymnasialen Oberstufe gehörte zum Standard heranreifender Nachdenklichkeit das Aufsatzthema: „Freiheit – wovon und wozu?“ Vor zwei oder drei Jahren haben wir bei dem traditionellen Abend im Schloss, zu dem der Kleine Kreis der Wirtschaftlichen Vereinigung dankenswerterweise einlädt, einen Vortrag über die Freiheit gehört, in dem nicht ein einziges Mal der Begriff Verantwortung vorkam.

Selbst unter den Wirtschaftsfachleuten, die schon von Berufs wegen die Unabhängigkeit von gesetzlichen und bürokratischen Einschränkungen reklamieren und für einen möglichst freien Wettbewerb plädieren, war das verhaltene Kopfschütteln während der Rede ausdrucksstärker als der pflichtgemäß freundliche Applaus am Ende des Vortrages.

In dem Auf und Ab ökonomischer Wellenbewegungen gibt es sicherlich Phasen, wo die Notwendigkeit eines florierenden Marktes stärker zu akzentuieren ist als die soziale Komponente um des gesellschaftlichen Friedens willen. Da kann dann der Gedanke von einer neuen Gerechtigkeit durch mehr Freiheit als Impuls für wirtschaftlichen Aufschwung vernünftig sein. Aber grundsätzlich ist über Jahre hinweg ein gewisses Ausgleichen von globalisierender Freiheit und gesellschaftlicher Verantwortung theologisch und politisch geboten.

Der Frau Bundeskanzlerin ist voll zuzustimmen, wenn sie weiterhin an dem Prinzip der sozialen Marktwirtschaft festhalten will, dabei die drei Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität hervorhebt und dazu bemerkt, dass es keine Hierarchie unter diesen Werten geben kann. (22.08.2006)

In der neuen Denkschrift der EKD (2006) wird die normative Frage nach sozialer Gerechtigkeit neu gestellt, weil dieser Begriff, wie sich in gesellschaftspolitischen Diskussionen immer wieder zeigt, „alles andere als klar bestimmt“ ist. (S. 43)

Diese Publikation mit dem Obertitel „Gerechte Teilhabe“ stellt die „Befähigung zu Eigenverantwortung und Solidarität“ ins Zentrum aller Überlegungen. Beide Aspekte tun Not und gut. Das Konzept der „Teilhabe- oder Beteiligungsgerechtigkeit“ zielt wesentlich auf eine möglichst umfassende Integration aller Gesellschaftsglieder.

„Niemand darf von den grundlegenden Möglichkeiten zum Leben, weder materiell noch im Blick auf die Chancen einer eigenen Lebensführung, ausgeschlossen werden.“ (S. 43)

„Teilhabe-, Befähigungs- und Verteilungsgerechtigkeit markieren das Fundament eines theologisch-sozialethisch begründeten Verständnisses von Gerechtigkeit“. (S. 44)

Dass sich in dem gesellschaftspolitischen Prozess des Austarierens einer Fülle von Komponenten wie Wirtschaftswachstum, Arbeitsmarkt, Bildungschancen, Eigenverantwortung und Solidarität die Kirchen immer wieder auch für die Armen, Schwachen und Benachteiligten einsetzen, kann und darf nicht verwundern.

Zum einen ist diese Option biblisch geboten. Zum anderen begegnen Diakonie, Caritas und die anderen Wohlfahrtsverbände täglich in ihren unterschiedlichen Einrichtungen den Kindern, Frauen und Männern, die – aus welchen Gründen auch immer – über kaum eine oder keine gerechte Teilhabe an der Gestaltung ihrer Zukunft verfügen.

Diese nur in ein paar Strichen gezeichnete Mitverantwortung der Kirchen „muss im Zusammenspiel zwischen dem diakonischen Engagement der Kirchen und den institutionellen Mitteln der Träger geschehen.“ Sie „muss sich mit anderen Akteuren der Zivilgesellschaft vernetzen“ und sie „muss stets auch öffentliches Engagement sein“. (S. 72)

Nach wie vor wollen wir nach Kräften „den Weg frei machen“ für mehr gerechte Teilhabe durch Befähigung zur Eigenverantwortung und Solidarität.

Lassen Sie mich noch kurz auf eine aktuelle Entwicklung in Delmenhorst hinweisen, wo auf eine Überschreitung von Grenzen jeder menschengerechten Freiheit gemeinschaftlich reagiert wird.

In den letzten Wochen hat die ganze Stadt eine beispielhafte Anstrengung unternommen, um dem Ungeist einer verblendeten Vergangenheit in großer Geschlossenheit entgegenzutreten.

Dafür ist dem Oberbürgermeister, dem Stadtrat, den Einzelpersonen und Verbänden vom DGB über die Wirtschaft, die Parteien, Kirchen und Religionsgemeinschaften bis in weiteste Kreise der Bevölkerung hinein Dank und Respekt auszusprechen.

Vordergründig geht es um Gebäude. Gefährlicher jedoch sind die Hirngespinnste im Hintergrund, die nach dem Zusammenbruch der Nazi-Diktatur als überwunden erhofft waren, aber in der Gestalt des Rechtsextremismus sich mit neuen Gewändern ihre Opfer besonders unter jungen Menschen suchen.

Ich erinnere mich noch genau an das Gespräch mit dem jetzt 93jährigen Onkel meiner Frau, der vor 20 Jahren unseren konfirmierten Sohn im geeigneten Augenblick zur Seite nahm und ihm unter dem Siegel der Verschwiegenheit eröffnete, Konzentrationslager habe es nicht gegeben, das sei alles eine Erfindung und Propaganda der Amerikaner.

Delmenhorst hat vor etlichen Jahren mit Erfolg den Präventionsrat zur Überwindung jugendlicher Gewalt gegründet.

Jetzt scheint es an der Zeit, alle demokratischen Kräfte zu bündeln, um dem Spuk von rechts mit Vernunft und Augenmaß, aber auch mit Verständnis für die Sorgen und Ängste junger Menschen zu begegnen.

Niemand wird als Extremist geboren. Es kommt auf unser Vorbild und auf ein gesellschaftliches Klima von mehr Gerechtigkeit und gemeinschaftlicher Lebensfreude an.

Das sind wir der Ehrfurcht vor dem Leben schuldig, ob wir in Jesus Christus die Menschenfreundlichkeit Gottes preisen oder in anderer Weltanschauung die Menschenwürde zu achten und zu schützen bereit sind.

Auch in dieser Hinsicht, meine sehr geehrten Damen und Herren, lasst uns den Weg genossenschaftlich frei machen für eine Zukunft, in der Menschen sich gerne befähigen lassen zu mehr Eigenverantwortung und Solidarität.

An dieser Stelle darf nicht unerwähnt bleiben, dass die Stiftung der Volksbanken und Raiffeisenbanken in vielfacher Weise wohlthätige und kulturelle Maßnahmen unterstützt. Ich bin sehr dankbar, dass unser Lamberti-Projekt eine ansehnliche finanzielle Hilfe erfahren hat, so dass der Weg für die Einrichtung einer Gruft für Graf Anton-Günther und seine Frau, die Restaurierung verschiedener Gebäudeteile und die Renovierung der einzigartigen Rotunde immer mehr geebnet wird. Herzlichen Dank!

Liebe Mitglieder des Genossenschaftsverbandes Weser-Ems, die Idee und die Umsetzung Ihrer V+R-Botschaft ist vollkommen richtig. Lassen Sie sich auf dem Hintergrund dessen, dass wir in allem, was auf uns zukommt, den Herrn über Zeit und Ewigkeit erwarten, um Ihren Slogan ruhig beneiden: Wir machen den Weg frei!

Peter Krug